

R A T I O N S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n s y

Wien, Dienstag, den 12. Februar 1924.

Zwei neue Strassenbahnlinien. Anfangs März werden die beiden neuen Strassenbahnlinien über die Schmelz und nach Inzersdorf dem Verkehr übergeben werden können. Die Arbeiten an diesen Linien sind so weit vorgeschritten, daß in der letzten Februarwoche die technisch-polizeiliche Prüfung erfolgen wird können. Die Linie über die Schmelz wird die Zahl 9 erhalten und von der tief zur Mariahilferstrasse heruntergezogenen Schleife am Neubaugürtel, die ein bequemes Umsteigen auf die Züge in der Mariahilferstrasse zulässt, über die Felberstrasse, Schweglerstrasse, Camillo Sittegasse, Habichergasse, Panikengasse, Rosensteingasse, Taubefgasse, Hernalser Hauptstrasse, bis zur gegenwärtigen Endstation der Linie V in der Hormayrgasse vor der Kreuzgasse führen. Die Linie V wird daher über die Hernalser Hauptstrasse bis zum Strassenbahnhof Hernalers weitergeführt. Die neue Linie ist eine Rundlinie, für die der allgemeine Strassenbahntarif gilt. Die gesamte Länge beträgt 5.3 km, von denen 1.5 km neu erbaut wurden. Die Baukosten betragen 4.7 Milliarden Kronen. Im Frühjahr soll mit dem Bau der 778 Meter langen Verlängerung dieser Linie nach Gersthof begonnen werden. Die zweite neue Linie führt eingleisig über die Triesterstrasse von der Troststrasse bis zur Gemeindegrenze und wird die Zahl 165 erhalten. Sie ist 2.3 km lang und erforderte ihre Herstellung 5.7 Milliarden Kronen. Für diese Linie soll der Sondertarif gelten mit einem Fahrpreis von 700 Kronen, so daß eine Fahrt von Inzersdorf bis zu einem beliebigen Punkte des Strassenbahnnetzes nur 2400 K beim Schaffner und 2300 Kronen im Vorverkauf kosten wird.

Das Abgabenteilungsgesetz im Stadtsenat. Heute vormittags wurde im Wiener Stadtsenat die Debatte über die Haltung der Gemeinde gegenüber der Novellierung des Abgabenteilungsgesetzes beendet. Es war das gesamte Zahlenmaterial, das bisher den Gegenstand der Verhandlungen gebildet hat, allen Mitgliedern vorgelegt worden. Auch die Berechnungen über die Auswirkung des Antrages Waber, wurde den Mitgliedern des Stadtsenates übermittelt. Aus diesen Berechnungen ist ersichtlich, daß Wien rund einundachtzig Prozent der dem Bund abzutretenden Steuern auf sich nehmen soll. Dieses Verhältnis verschlechtert sich noch, wenn die Steuern eine über das derzeitige Präliminare des Bundes hinausgehende Entwicklung nehmen, da dann die Aenderung des Verteilungsschlüssels zu Ungunsten Wiens noch weiter wirkt und der von den übrigen Ländern zu tragende Teil neuerlich verringert wird. Bürgermeister Seitz und Finanzreferent Stadtrat Breitner legten noch einmal eingehend den Standpunkt der Gemeinde dar. Es wurde festgestellt, daß den Wünschen des Bundes eigentlich nahezu völlig durch das zuletzt formulierte Anbot Wiens entgegengekommen wird.

Durch dieses Anbot werden die Abgabenerträge um 475 Milliarden gekürzt, wozu alle Länder und Gemeinden entsprechend ihres derzeitigen Anteiles verhältnismäßig beitragen sollen. Jetzt gehe es aber darum, daß die Länder eigentlich gar kein Opfer bringen wollen, sondern durch die Aenderung der Aufteilungsschlüssel für die Warenumsatzsteuer, Getränkeabgabe und Erwerbssteuer unter möglichster Annäherung an die Bevölkerungszahl ihren Entgang auf Wien abzubürden beabsichtigen. Dadurch würden die anderen Länder noch einen absoluten Nutzen gegenüber dem bisherigen Zustand erzielen. Schon die bis jetzt geübte Bereitwilligkeit bedeutet für Wien einen überaus schweren Entgang, was aber nun noch verlangt wird, und im Kompromißvorschlag des Nationalrates Waber niedergelegt ist, müsste geradezu verhängnisvolle Rückwirkungen haben und zu Steuererhöhungen führen, die von der Wirtschaft kaum mehr ertragen werden könnten. Es sei daher notwendig, daß die Wiener Landesregierung zu dieser Angelegenheit möglichst einheitlich Stellung nehme. Demgegenüber erklärte Stadtrat Kunschak aus dem vorgelegten Zahlenmaterial gehe hervor, daß tatsächlich an Wien starke Anforderungen gestellt werden. Das gelte auch für den Antrag Waber, sowohl was das prozentuelle Verhältnis, als auch was die absoluten Summen anlangt. Die Minderheit billigte vollständig, daß der Finanzreferent sich in den bisherigen Verhandlungen um die Wahrung der finanziellen Interessen Wiens bemüht habe. Sie wünsche auch, daß künftig diese Taktik beibehalten werde. Die Stellung der Opposition habe darauf keinen Einfluß, daß in dem Bestreben, möglichst wenig auf die Schultern Wiens zubürden, Einigkeit notwendig sei. Die Opposition verstehe den Standpunkt der Mehrheit und werde neidlos erfreut sein, wenn es tatsächlich gelingen sollte, trotz der vorhandenen Schwierigkeiten, die sich aus der Notwendigkeit auf die anderen Länder für diesen Vorschlag Wiens zu gewinnen, ergeben, wirklich möglichst viel durchzusetzen. Bürgermeister Seitz fasste das Ergebnis der Verhandlungen dahin zusammen, daß trotz der Meinungsverschiedenheiten, die sich bei der Erörterung der Finanzmaßnahmen zur Deckung des Ausfalles zwischen der Mehrheit und Minderheit ergeben, in der Frage an sich, Einigkeit bestehe. Es freue ihn, daß auch die Minderheit die bisherige Haltung der Vertreter Wiens billige.

Jubilare der Ehe. In der vergangenen Woche überreichte StR. Speiser in Vertretung des Bürgermeisters den goldenen Hochzeitspaaren Franz und Aloisia Hammer, III., Schimmelgasse 17, Josef und Josefine Kaar, XVIII., Antoniegasse 52, Karl und Antonie Ludwig, XIX., Hackhofergasse 1, Martin und Maria Pendl, XX., Brigittaplatz 16, Josef und Johanne Prammer, X., Knöllgasse 7, Josef und Therese Prohazka, XXI., Lorettoplatz 5 Friedrich und Matharine Sollinger, XXI., Heinrich Schindlergasse 3 und Anton und Barbara Weidinger, III., Brichgasse 20 die Ehrengabe der Stadt Wien.

5
Auf die Minoritäten wurde gar keine Rücksicht genommen und es wäre wohl empfehlenswert, aus ganz Wien einen einzigen Wahlkreis zu machen. Dann wären die Minoritäten hier vertreten. Nur Kollege Plaschkes habe das Glück gehabt, hier einen Sitz zu erlangen. Aber das macht nichts, einen Hausjuden muß man ja haben.

GR. Plaschkes: Nun, ich glaube, daß ich jetzt bei euch durch den Besel ganz gut vertreten bin. (Große Heiterkeit).

GR. Stöger (chr. soz.) erklärt, er habe jahrelang im städtischen Wahlamte als Referent gewirkt, aber die Führung und Vorbereitung der heurigen Wahlen sei die denkbar schlechteste gewesen. Es sei unerhört, daß Personen, die jahrzehntelang in Wien ansässig sind, in so großer Masse in den Wahllisten fehlten, nur darum, weil sie sich bei der Häuserbegehung nicht persönlich ausweisen konnten. Ueberhaupt sei gewaltiger Terror geübt worden, der oft zu Grausamkeiten führet, die nicht mehr überboten werden könnten. So vor allem im Haus der Barmherzigkeit im 9. Bezirk, wo die Schwerkranken stundenlang auf die Abgabe ihrer Stimme warten mußten, weil der dortige Wahlleiter bewusst die Siechen und Kranken, von denen er glaubte, daß sie christlichsozial wählen würden, schikanieren wollte. Aber unrecht Gut, gedeihe nicht. Die Ernüchterung über den Ausgang der Wahlen werde bald kommen.

StR. Richter (Schlußwort): Gegen die Anschuldigung des Herrn StR. Kunschak muß festgestellt werden, daß der Erlaß des Magistratsdirektors habe keinen anderen Zweck gehabt, als den Vorgang zu beschleunigen. Damit habe aber der Magistratsdirektor nur seine Pflicht getan und ist über dem ihm gestellten Wirkungskreis nicht hinausgegangen. Es geschehe sehr oft, daß ein einmal Abgewiesener ein zweites Ansuchen um Zusicherung der Aufnahme in den Heimatsverband einbringt, damit ist aber noch nicht gesagt, dass dieses Ansuchen eine günstige Erledigung findet. Die Sache mit der Abschaffung ist ein Kapitel für sich, über das man Bände schreiben könnte. Wenn jemand nicht um Aufenthaltsbewilligung nachgesucht habe und er nun heute von der Polizei irgend etwas brauche, so ginge diese gegen den Betreffenden mit der Abschaffung vor. Auch wenn es sich um redliche anständige Leute handelt. Was den Vorwurf der schlechten Anlagen der Wählerlisten beträfe, müsse man diesen auf das entschiedenste zurückweisen. Im Jahre 1911, wo nur ein Drittel der heurigen Wählerzahl zur Urne gelassen wurden, nur Männer mit mehr als 24 Jahren, nach einer halbjährigen Sesshaftigkeit und verschiedenen anderen Vorbedingungen, gab es 42.000 Reklamationen. Jetzt wären bei dreifacher Wählerzahl nur 45.000 Reklamationen gemacht worden. Das beweise deutlich die Sorgfalt in der Anlage der Wählerlisten.

Wenn der Vorwurf gemacht würde, daß so wenig für Kulturbedürfnisse geleistet würde, so darf man doch sagen, daß man doch nicht erwarten könne, man werde etwa einen hohen Betrag aufwenden für die Erfüllung einer alten Vorschrift, die besteht, nach der alle Tage vor der Ratsversammlung eine Messe gelesen werden sollte (Heiterkeit) Im Jahre 1922 habe in Wien eine Musikwoche stattgefunden, in der für die Kirchenmusik mehr geschehen sei, als alle Kirchen zusammen leisten. 90 Millionen Kronen werden jährlich für drei große Kunstpreise vergeben, ein Beweis, daß die Gemeindeverwaltung die Bedeutung der Kunst zu schätzen wisse und ihr ^{an} deren Förderung viel gelegen sei.

GR. Dr. Plaschkes (Jüd. Nat.) berichtet tatsächlich: Die Abschaffung von Ostjuden ist nicht immer auf ein Verbrechen zurückzuführen, sondern erklärt sich daher, daß noch immer der „Severerlaß“ des Jahres 1919 in Geltung sei.

Bei der Abstimmung wird der Voranschlag angenommen.

VB. Emmerling erstattet das Referat über den Voranschlag der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1924. Die Gesamteinnahmen der Unternehmen betragen über 2.1 Billionen, die Personalausgaben 40 Prozent, die übrigen Ausgaben 50 Prozent. Auch für das Jahr 1924 werden die Ertragnisse zum Ausbau der Unternehmungen verwendet werden. Unser Grundsatz ist hierbei, die Tarife auf Grund der Selbstkostentheorie zu erstellen. Gaswerk, Elektrizitätswerk, Strassenbahnen schließen mit ansehnlichen Ueberschüssen ab, auch die übrigen Unternehmungen sind aktiv. Unter dem Titel Investitionen werden die Unternehmungen 357 Milliarden erhalten. Beim Gaswerk wird das Hauptrohrnetz ausgebaut und andere Arbeiten werden ausgeführt. Die Zahl der Konsumenten wächst, auch die Verwertung der Nebenprodukte ist im stetigen Fortschreiten. Die öffentliche Gasbeleuchtung hat nach ihrem Tiefstand im Jahre 1919, wo nur 19.063 Gasflammen in Betrieb waren, mit 1. Dezember d. J. wieder die Höhe von 24.654 Flammen erreicht. Die elektrische Strassenbeleuchtung wurde auf den Friedensstand gebracht und darüber hinaus noch verbessert. Das städtische Elektrizitätswerk wurde erweitert, die Zahl der Konsumenten beträgt heute 310.000, im Jahre 1923 wurden 50.000 neue Anschlüsse durchgeführt und für das nächste Jahr ist im Budget eine Post für die Anschaffung von 60.000 Zählern vorgesehen. Für die Ausgestaltung der Werke in Ebenfurth, Zillingdorf, für den Ausbau der Wasserkräfte sind beträchtliche Summen eingesetzt. Bei der Strassenbahn werden im nächsten Jahre neue Linien fertiggestellt, bestehende Linien verbessert, darunter die 2er Linie für welche eine Schleifenanlage Kolingasse-Wasagasse hergestellt werden wird. Insgesamt werden 230 Milliarden für die Strassenbahn ausgegeben und obendrein noch 335 Milliarden an Investitionsgeldern bewilligt. Daraus ersieht man, wie sehr der Verwaltung daran gelegen ist, die städtischen Unternehmungen zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen. Der Kraftstellwagenverkehr durch die Innere Stadt hat sich überraschend gut eingeführt. Die Frequenz ist günstig, das System des Einmannwagens hat sich eingelebt und wir werden dafür sorgen, die Innere Stadt dem Verkehr zu erschließen, was durch eine Verstärkung des Automobilbetriebes im heurigen Sommer geschehen wird. Auch im Jahre 1924 werden wir unsere Fähigkeit erweisen können aus eigener Kraft die städtischen Unternehmungen zu führen und trotzdem die Tarife immer auf der Selbstkostentheorie aufzubauen. Unsere ganze Verwaltung zeigt, daß unsere Betriebe auf das zweckmässigste und wirtschaftlichste eingerichtet sind.

GR. Rotter (chr. soz.) hält dem Referenten vor, daß die von ihm lobend betonten Erfolge der städtischen Unternehmungen hauptsächlich durch eine rücksichtslose Tarifpolitik und durch eine ebenso rücksichtslose Betriebspolitik erreicht worden seien. Die Zusammenstellung der Bilanzen verrate das Bestreben, möglichst niedrige Ueberschüsse auszuweisen, damit die Unternehmungen möglichst wenig Steuern zahlen müssen. Man könne sagen, daß die städtischen Unternehmungen an der Spitze der Steuerhinterzieher ~~Richtigstellung~~ ^{Reinhold} ~~bei dem Bericht über die heurige Landtagssitzung~~ wird in der Rede des GR Ullrich zur Erhöhung der Gebühren für den Wassermehrverbrauch ein Antrag erwähnt, der unrichtig ist. GR Ullrich hat zwei Resolutionsanträge gestellt, die folgenden Wortlaut haben: Das Stadtbauamt wird beauftragt, mit aller Beschleunigung darüber Studien anzustellen, wie die Wasserbeschaffung für die Schrebergärtner, unabhängig von der Hochquellenleitung zweckmässig durchgeführt werden kann. Ueber das Ergebnis dieser Studien ist dem Gemeinderat unverzüglich zu berichten. Der Zweite Antrag lautet: Dem Stadtsenat als Landesregierung wird ermächtigt, die Wasserabgabe an Schrebergärtner und Siedler an besondere Bedingungen zu knüpfen und Ermäßigungen der Gebühren bis zu 75 von Hundert einzuräumen.